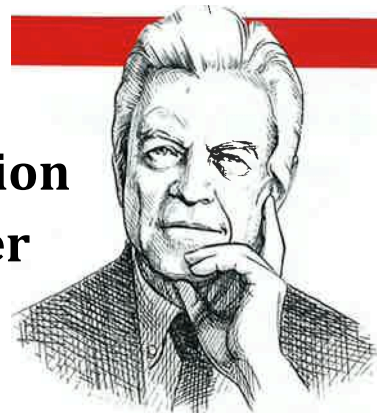


Gedanken eines Europäers

## Die Zukunft der Europäischen Union ist die Angelegenheit der Europäer



VON DUSAN SIDJANSKI\*

Die Mitglieder der Eurozone stehen vor Entscheidungen mit großer Reichweite für die Zukunft Europas: ohne Zögern den Weg hin zu einer politischen Union gehen oder vor dem Untergang Europas resignieren. Seit dem Entstehen der ersten Währung vor über dreitausend Jahren hat keine Währung ohne politischen Souverän überlebt. Das heißt, dass Jean Monnets Strategie der kleinen Schritte und des *spill over* an seine Grenzen stößt. Die positive Dynamik wurde durch den Schock der Krise und der Austerität in ihr Gegenteil verkehrt. Die finanziellen Feilschereien stehen im Kontrast zu den Hoffnungen, die in die Union gesetzt wurden. Das Vertrauen der Europäer in den föderalen Kern und das Vertrauen der Staaten, die den Euro als Reservewährung erworben haben, ist erschüttert.

Die Austeritätspolitik hat Griechenland und Spanien an den Abgrund geführt: die Arbeitslosigkeit erreicht 26% der aktiven Bevölkerung und 60% der Jugendlichen, während die Schulden und die Armut weiter wachsen. Die Austerität begünstigt dabei Nationalismen und populistische, europhobe und neonazistische Bewegungen, in denen sich die Hoffnungslosigkeit der geopfertten sozialen Schichten Bahn bricht. Wo sind die Versprechungen einer solidarischen Entwicklung geblieben?

Die Verschlechterung der Lage in Griechenland und das Zerstören seines sozialen und wirtschaftlichen Geflechts sind eine Warnung. Der über den Staatsfinanzen kreisende Pleitegeier führt zu Unsicherheit und Angst. Eine Pleite Griechenlands würde eine Ansteckungswelle in Gang setzen. Die Financial Times erinnert daran, dass Investoren, trotz

---

\* Dusan Sidjanski, ehemaliger Sonderberater EU-Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso, ist Begründer der Politikwissenschaftsabteilung der Universität Genf. Er ist **ausserdem** Stiftungsratsmitglied der Internationalen Latsis-Stiftung und Ehrenpräsident des Europäischen Kulturzentrums.

der positiven wirtschaftlichen Entwicklung, beunruhigt sind ob der politischen Risiken in Spanien, Portugal, Italien und Irland, die sie mit Griechenland teilen.

Die fünf Präsidenten empfehlen in ihrem Bericht Verbesserungen der WWU: Sanktionen müssen durch Anreize ausgeglichen, die Konvergenz der Volkswirtschaften durch Ermutigung zu Reformen befördert, der ESM durch einen europäischen Währungsfonds ersetzt werden. Zu den Institutionen jedoch schweigt der Bericht. Nun funktioniert aber der Kern der Union, die auf der Ausweitung der Gemeinschaftsmethode - mit Ausnahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik - basiert, paradoxerweise weiter nach intergouvernementalen Regeln.

Der Kern muss sich an den Rahmen des Lissabonner Vertrages anpassen und darüber hinausgehen. Rat, Kommission und Europäisches Parlament sollten dem Beispiel der Eurozonen-Gipfel folgend im Format der 19 Eurozonenstaaten handeln. Zentral ist dabei, die Gemeinschaftsmethode anzuwenden. Das heißt: Initiativrecht der Kommission und das Mitentscheidungsverfahren von Rat mit qualifizierter Mehrheit und Parlament mit einfacher Mehrheit. So wäre mehr Effizienz, Transparenz und eine bessere demokratische Kontrolle gewährleistet. Allein die Kommission bliebe den Europaabgeordneten verantwortlich. In dieser Konfiguration würde der EuGH seine volle Rolle wiederfinden und eine in ihren Kompetenzen gestärkte EZB könnte eine Politik des Wachstums und der Vollbeschäftigung begleiten. Falls notwendig, könnten "Eilentscheidungen" getroffen werden und dem Parlament mit Frist vorgelegt werden. Dieser erste Schritt müsste von einer föderalen politischen Union gefolgt werden. Diese muss aus der umgekehrten und globalen Sicht der Solidarität und auf Basis von Vertrauen erarbeitet werden.

Die politische Union ist die einzige effiziente Antwort auf interne Krisen. Sie würde den Rückgriff auf Eurobonds und einen europäischen New Deal, der den Juncker-Plan ausbauen würde, erlauben. Es ist der richtige Moment, Großprojekte europäischer Dimension in den Bereichen Infrastruktur, Kommunikation, Wissenschafts- und Innovationsnetzwerke, Kultur und Bildung, anzustoßen. Kurz: Es braucht einen starken Impuls für das Europa des Wissens sowie die KMU und Start-ups, die die meisten neuen Arbeitsplätze schaffen.

Die Bedrohungen von Außen sind auch keine Nebensache: Die Ukraine, der Ausschluss Russlands, neuerliches Wettrüsten, Terrorismus und organisierte Kriminalität und jüngst der Migrationstsunami. Erfolgreiche Zusammenschlüsse sind in Bedrohungslagen entstanden, wie

BILAN, Ausgabe 12 vom 24. Juni zum 7. Juli 2015

die Geburt des Schweizer Bundesstaats belegt. Das Überleben des Euro und der Union und das Behaupten ihrer Rolle in der Welt hat diesen Preis.